

Überarbeitung 2021 - Lernbrief „Haushalts- und Rechnungswesen“

Seite 22/1

8.1 Verwaltungsvermögen

Das Verwaltungsvermögen umfasst Vermögensanlagen,

- die der Verwaltung der Krankenkasse dienen (**Eigenkapitalkonto 1903**), sowie
- Geldmittel, die zur Anschaffung oder Erneuerung dieser Vermögensteile bereitgehalten werden (**Eigenkapitalkonto 1904**).

Dem Verwaltungsvermögen werden unter anderem die Verwaltungsgebäude, Grundstücke, Maschinen, Einrichtungsgegenstände und Fahrzeuge zugeordnet.

Für das Verwaltungsvermögen ist keine Höchstgrenze festgelegt. Verwaltungsvermögen darf aber nur aufgebaut werden, wenn es für die Erledigung der Verwaltungsaufgaben erforderlich ist. Dabei ist der Haushaltsgrundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.

Der Bestand an Geldmitteln zur Anschaffung und Erneuerung von Verwaltungsvermögen (Konto 1904) wird von der Krankenkasse nach Bedarf festgelegt.

Die Geldmittel für das Verwaltungsvermögen (Konto 1904) werden wie folgt berechnet:

Bestand des Vorjahres
+ Zuführung des laufenden Jahres
– Entnahmen des laufenden Jahres
= aktueller Bestand

Seite 22/2

Bei der Feststellung der vorhandenen Betriebsmittel sind die Forderungen und Verpflichtungen der Krankenkassen zu berücksichtigen, soweit sie nicht der Rücklage oder dem Verwaltungsvermögen zuzuordnen sind.

Seite 24/1

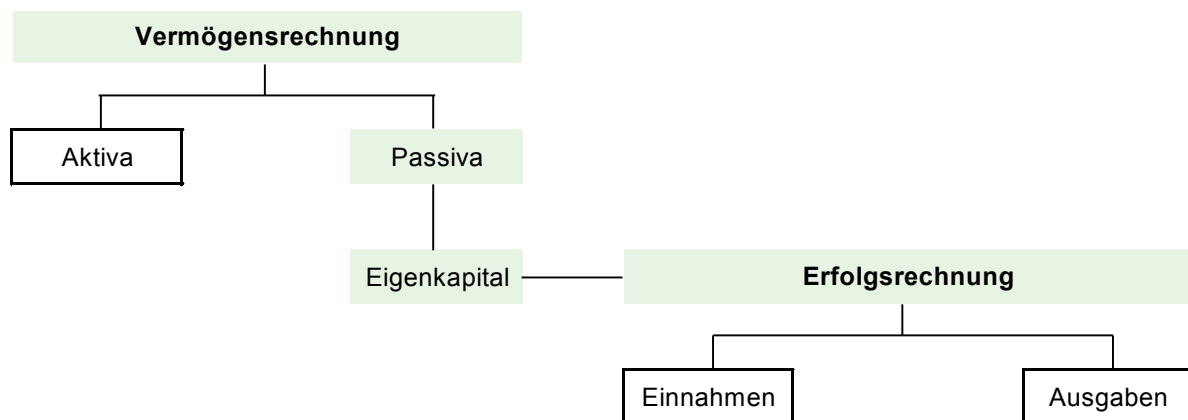
Die Rücklage wird im Kontenrahmen unter dem Eigenkapitalkonto 1902 geführt

Seite 24/2

Sie muss auf einen konkreten Wert festgelegt werden.

In der **Kontenklasse 3** werden die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds sowie Vermögenserträge (z. B. Zinsen) und sonstige Einnahmen (z. B. Einnahmen aus Ersatzansprüchen) gebucht. Aufwendungen werden in den **Kontenklassen 4/5** (Leistungsaufwendungen), **6** (Vermögensaufwendungen) und **7** (Verwaltungs- und Verfahrenskosten) nachgewiesen.

Vereinfacht gesehen spiegelt die Erfolgsrechnung die Veränderung des Eigenkapitals wider.



Krankenkassen dürfen ihren Zusatzbeitragssatz nicht anheben, solange ihre nicht für die laufenden Ausgaben benötigten Betriebsmittel zuzüglich der Rücklage sowie der zur Anschaffung und Erneuerung der Vermögensteile bereitgehaltenen Geldmittel das 0,8-Fache des durchschnittlich auf einen Monat entfallenden Betrags der Ausgaben überschreiten.

((§ 242 Abs. 1a SGB V)) Krankenkassen, deren Finanzreserven gemäß § 260 Absatz 2 Satz 1 nach ihrem Haushaltsplan für das Jahr 2021 zum Ende des Jahres 2021 einen Betrag von 0,4 Monatsausgaben unterschreiten würden, wenn keine Anhebung des Zusatzbeitragssatzes erfolgt, dürfen ihren Zusatzbeitragssatz abweichend von Absatz 1 Satz 4 zum 1. Januar 2021 anheben; diese Zusatzbeitragssatzanhebung ist begrenzt auf einen Zusatzbeitragssatz, der der Absicherung dieser Finanzreserven in Höhe von 0,4 Monatsausgaben am Ende des Jahres 2021 entspricht.